



## Erklärung zum Massaker an einer Familie in Kobane

Der türkische Besatzungsstaat setzt seine feindselige Politik fort und begeht weitere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an den Menschen in Nord- und Ostsyrien. Gestern Abend verübte der türkische Besatzungsstaat ein Massaker an den Bewohnern des Dorfes Berxbotan im Süden von Kobane, bei dem neun Zivilisten, die meisten von ihnen Frauen und Kinder, getötet und weitere verletzt wurden.

Das Massaker von Berxbotan ist nicht das erste Kriegsverbrechen, das die Türkei vor den Augen der internationalen Gemeinschaft an der Region Nord- und Ostsyrien und ihrer Bevölkerung verübt, ohne etwas zu unternehmen. Vielleicht ermutigt das Schweigen der internationalen Gemeinschaft und der internationalen Menschenrechtsorganisationen die türkische Besatzung, weitere Kriegsverbrechen in der Region zu begehen.

Wir, die Demokratische Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien, verurteilen die Verbrechen des türkischen Besatzungsstaates gegen unsere Regionen und unsere Bevölkerung und fordern die internationale Gemeinschaft mit all ihren Institutionen sowie die internationale Anti-IS-Koalition auf, ihr Schweigen zu brechen. Unsere Bevölkerung hat ihre Kinder geopfert, um im Namen der ganzen Welt gegen den vom IS repräsentierten globalen Terrorismus zu kämpfen.

Wir fordern außerdem, dass eine internationale Untersuchung in dieser Angelegenheit eingeleitet wird und dass die Unterlagen über die vom türkischen Besatzungsstaat begangenen Massaker und Kriegsverbrechen an den Internationalen Strafgerichtshof weitergeleitet werden.

Wir sprechen auch den Familien der Opfer und unserer Bevölkerung unser tiefstes Beileid aus. Wir wünschen den Verwundeten eine rasche Genesung. Wir versichern unserer Bevölkerung, dass wir uns von den Kriegsverbrechen, die der türkische Staat begeht, nicht davon abhalten lassen, weiter unsere Rechte einzufordern. Wir werden unseren Weg zum Aufbau eines freien, demokratischen und dezentralisierten Syriens fortzusetzen.

Demokratische Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien,

17. März 2025